

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

Sitzungstermin:	Montag, 14.02.2022
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	22:04 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Michael C. Kissig CDU

Mitglieder

Christian Fuchs CDU

Michael Schernikau CDU

Herbert Thomascheski CDU

Rüdiger Fölske SPD

Sophia Jacobs-Emeis SPD

Wolfgang Rüdiger SPD

Dagmar Süß Bündnis 90 / Die Grünen

Willibald Ulbrich Bündnis 90 / Die Grünen

Renate Koschorrek FDP

Andreas Schnieber WSI

Dr. Detlef Murphy DIE LINKE

Umweltbeirat

Jens Brüggemann Umweltbeirat

Jugendbeirat

Ilana Stündl Jugendbeirat

Hauke-Elias Zucht Jugendbeirat

Seniorenbeirat

Klaus Sommer Seniorenbeirat

stellv. Mitglieder

Rainer Hagendorf Bündnis 90 / Die Grünen in Vertretung für die freie
Position der Grünen

Verwaltung

Manuel Baehr

Niels Schmidt Bürgermeister

Niklas Viehmann Protokollführung

Jörg Amelung

Gäste:

1 Einwohnerin

1 Vertreter der örtlichen Presse

Der Vorsitzende Herr Kissig begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungs- und

fristgerechte Ladung fest.

Zu Beginn weist er auf die Situation hin, dass Herr Wuttke am vergangenen Montag, den 07.02.2022, seinen Austritt aus der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen verkündet habe. Nun stehe die Frage im Raum, ob er seinen Sitz im HFA bis zu einer Nachbesetzung des Rates weiterhin wahrnehmen oder ob die Fraktion der Grünen einen Vertreter für ihn schicken könne.

Frau Süß verliest als Fraktionsvorsitzende der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen einen Beschluss, den die Fraktion am Freitag, den 11.02.2022, in einer außerordentlichen Fraktionssitzung beschlossen habe:

Herr Olaf Wuttke wird ab sofort von allen Aufgaben und Vertretungsberechtigungen, die er im Namen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen übernommen hat bzw. für die er entsandt wurde (Gemeindeausschüsse, Arbeitsgruppen etc.), entbunden. Dieses beinhaltet ausdrücklich, gemäß § 46 Abs. 10, Satz 3 der Gemeindeordnung S-H, die Abberufung des Herrn Wuttke aus dem Planungs- sowie Haupt- und Finanzausschuss. Für alle freigewordenen Wahlstellen wird die Fraktion der Grünen zur nächsten Ratssitzung neue Vorschläge einbringen.

Die Fraktion werde im Rat neue Vorschläge zur Nachbesetzung der nun freiwerdenden Positionen einbringen.

Herr Wuttke nimmt dann zu der Situation Stellung. Er führt aus, dass das Recht jeder Fraktion, ihre Mitglieder abzuberufen, unstrittig sei. Er habe vorher schon mit dem Ausschussvorsitzenden gesprochen und werde sich dem „Urteil“ fügen. Er sei heute trotzdem erschienen, um seine Arbeitskraft anzubieten und der Sitzung beizuwohnen. Seiner Meinung nach sei der Zeitpunkt, zu wann eine Fraktion die Mitglieder aus dem Ausschuss abberufen könne, nicht geregelt. Herr Wuttke fügt hinzu, dass er nach seinem Rücktritt noch an der Planungsausschusssitzung am 08.02. stimmberechtigt teilgenommen habe.

Herr Kissig erläutert, dass er den Sachverhalt durch das Justizariat der Stadt hat prüfen lassen, welches zu dem Ergebnis gekommen sei, dass Herr Wuttke mit der Mitteilung der Abberufung nicht mehr Mitglied des HFAs und der Ausschusssitz durch die Abberufung frei geworden sei. Herr Wuttke habe weiterhin als fraktionsloses Ratsmitglied Rede- und Antragsrecht.

Durch die Anwesenheit Herrn Hagendorfs als Vertreter für den nun freien Sitz der Fraktion der Grünen stellt Herr Kissig die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte 9 bis 11.3.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen
- 1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen



- | | | |
|-------------------------------|---|---------------|
| 2 | Anhörung der Beiräte | |
| 3 | Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 06.12.2021 | |
| 4 | Antrag der SPD- Fraktion
hier: Auswahl einer Beratungsgesellschaft | ANT/2021/068 |
| 5 | Antrag der SPD- Fraktion
hier: Vortrag und Diskussion des Controlling Systems der Verwaltung der Stadt Wedel | ANT/2021/069 |
| 5.1 | Anfrage von Herrn Fölske / SPD Fraktion vom 17.12.2021 | MV/2022/010 |
| 6 | Über- und außerplanmäßige Ausgaben des Haushaltsjahres 2021 | BV/2021/134-1 |
| 7 | Vollstreckungskooperation mit dem Kreis Pinneberg | BV/2022/006 |
| 8 | Öffentliche Mitteilungen und Anfragen | |
| 8.1 | Sachstandbericht zur aktuellen Corona-Situation | |
| 8.2 | Bericht der Verwaltung | |
| 8.3 | Öffentliche Anfragen | |
| nichtöffentlicher Teil | | |
| 9 | Genehmigung des nichtöffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 06.12.2021 | |
| 10 | Grundstücksangelegenheit Pinneberger Straße | BV/2021/138 |
| 11 | Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen | |
| 11.1 | Verkauf von städtischen Baugrundstücken | MV/2021/086 |
| 11.2 | Bericht der Verwaltung | |
| 11.3 | Nichtöffentliche Anfragen | |
| Öffentlicher Teil | | |
| 12 | Unterrichtung der Öffentlichkeit | |



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Es liegen keine vorangegangenen nicht beantworteten Fragen vor.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen

Die Einwohnerin Frau Wohlers stellt zwei Fragen an die Gemeindevertretung. Sie ist mit der Nennung ihres Namens im Protokoll einverstanden.

1. Bei der Online Sitzung des Planungsausschusses am 08.02.2022 war eine Beteiligung an der Einwohnerfragestunde lediglich durch persönliche Anwesenheit im Ratssaal ermöglicht worden. Dies entspräche laut der Fragestellerin nicht den Regelungen der Gemeindeordnung. Als Hintergrund hierfür seien wohl technische Gründe angeführt worden. Dies sei jedoch nur schwer nachvollziehbar. Sie fragt daher, wie es sein könne, dass der Gemeindeordnung widersprochen werde. Es könne von den Einwohnerinnen und Einwohnern nicht verlangt werden, für eine Frage bei einer solchen Online Sitzung in den Sitzungssaal zu kommen.

Herr Schmidt antwortet, dass das Verfahren die Mindeststandards der Gemeindeordnung erfülle. Bei dieser ersten Online Sitzung wurde das Verfahren gewählt, um die Kapazitäten nicht zu überlasten. Der Zugang zu der Videokonferenz sollte nicht an alle herausgegeben werden, um keine Kapazitätsprobleme hervorzurufen.

2. Die Fragestellerin weist auf eine zwingend notwendige Änderung der Hauptsatzung hin, die mit einer Änderung der Gemeindeordnung einhergehe. In diesem Zusammenhang solle sich die Politik auch mit dem Thema Live-Streaming der normalen Gremiensitzungen befassen, da dafür eine Hauptsatzungsänderung notwendig wäre.
-

2 Anhörung der Beiräte

Der Umweltbeirat kündigt eine Veranstaltung zum Thema Regionaler Klimawandel in Wedel - Chancen und Risiken- für den 04.05.2022 um 18:30 Uhr an.

Der Seniorenbeirat und der Jugendbeirat haben nichts zu berichten.

3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 06.12.2021

Es gibt keine Einwände zum Protokoll.

Beschluss:

Der öffentliche Teil des Protokolls der Sitzung vom 06.12.2021 wird ohne Einwände genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei einer Enthaltung

4 **Antrag der SPD- Fraktion**

ANT/2021/068

hier: Auswahl einer Beratungsgesellschaft

Herr Fölske stellt den Antrag vor. Er freut sich auf die Diskussion und den Austausch zu dem Thema Controlling und betont, dass es darum gehe, sich intensiver damit zu befassen.

Die Grünen erläutern, dass sie den Einsatz von Beratungsgesellschaften kritisch sehen. Aufgrund der Probleme der Haushaltskonsolidierung und dem Umstand, dass die benannte Beratungsgesellschaft lediglich Vertreter von ausschließlich öffentlichen Betrieben sei, sei die Fraktion positiv gestimmt, die Gesellschaft kostenfrei einzuladen. Es solle sich angehört werden, welche Erfahrungen und Referenzen aus anderen Städten vorgewiesen werden können.

Herr Murphy erläutert für die Fraktion DIE LINKE, dass diese der Haushaltskonsolidierung kritisch gegenüberstehe und daher für jeden Verzug dankbar sein müsse. Aber in diesem Fall ginge es um wesentlich mehr als die Haushaltskonsolidierung. Die Fraktion empfinde den Antrag als massives Misstrauensvotum gegenüber der Verwaltung und als Nichtversetzungszeugnis für die Kommunalpolitik.

Frau Koschorrek erläutert, dass die Beratungsgesellschaften Vorschläge erarbeiten werden, zu denen die Politik lediglich ja oder nein sagen soll. Die Aussagen der SPD werden nicht mitgetragen. Die Lenkungsgruppe zur Haushaltskonsolidierung habe ein Konzept erarbeitet, damit behalte die Politik die Kontrolle über die Konsolidierung und könne selbst über die Maßnahmen entscheiden. Die Beratungsgesellschaft koste ebenfalls viel Geld für den städtischen Haushalt und habe im Gegensatz zur Politik kein Herz für Wedel.

Herr Kissig empfinde die Begründung des Antrages wie ein Schlag ins Gesicht. Es werde der Verwaltung vorgeworfen, dass sie nicht richtig arbeite und dass die Politik keine Entscheidungen trafe. Die SPD handle allerdings teilweise widersprüchlich, da in den Ausschüssen ständig neue Maßnahmen beschlossen werden, ohne die konkreten Auswirkungen auf den Haushalt zu kennen. Unter TOP 6 werden heute überplanmäßige Ausgaben für den stark defizitären und genehmigungspflichtigen Haushalt 2021 beraten. Trotzdem gebe es noch einige Themen, die den Haushalt in hohem Maße belasten werden, die bekannt seien, aber noch nicht im Haushalt berücksichtigt wurden. Als Beispiel nennt Herr Kissig hier die Auswirkungen der Feuerwehrbedarfsplanung, den Radfahrplan, der noch nicht umgesetzt sei, sowie den Kita-Bau. Herr Kissig verweist ebenfalls auf die sich verändernde Finanzlage mit steigenden Zinsen, die sich ebenfalls in Zukunft stark auf den Haushalt auswirken werden. Es wurden bereits Steuererhöhungen als Konsolidierungsmaßnahme beschlossen und dennoch weitere Ausgaben mit den Stimmen der SPD geschaffen. Daher sei das Verhalten der SPD hier widersprüchlich.

Die Hinzuziehung von einer Beratungsgesellschaft halte die CDU für grundsätzlich gut, allerdings müsste dann auch die grundsätzliche Bereitschaft seitens der Politik bestehen, die Vorschläge auch umzusetzen. Die CDU sei der Meinung, dass die Gesellschaft eingeladen werden könne, um das Thema Haushaltskonsolidierung und auch das Thema der Umstrukturierung zu besprechen. Die CDU sei bereit die Gesellschaft anzuhören und erste Gespräche zu führen.

Für Herrn Schnieber liest sich aus dem Antrag der SPD, dass die Haushaltskonsolidierung als gescheitert angesehen werde. Die WSI selbst sei mit dem Ablauf der Konsolidierung nicht zufrieden aber es gebe einen Plan für 2022, um mit den eigenen Boardmitteln Lösungen zu finden. Herr Schnieber erläutert, dass den Steuererhöhungen nur zugestimmt wurde, um den Haushalt zu genehmigen und stellte noch keine vorgezogene Konsolidierung dar. Die WSI lehne jetzt den Antrag ab, könne es sich aber, je nach Verlauf, für 2023 vorstellen.

Frau Süß und die Grünen seien dafür, zweigleisig zu fahren. Das laufende Konzept solle weiterbearbeitet werden. Ein Blick von außen solle der Betriebsblindheit vorbeugen, jedoch sei eine Zeitschiene noch unklar, zu wann Lösungen gefunden werden können. Die Themen Strukturierung, Dezentralisierung und Digitalisierung sollten ebenfalls besprochen werden. Mit der Einladung der Gesellschaft zu einer Vorstellung werde noch keine Entscheidung getroffen, die Beratung zu beauftragen.

Herr Schmidt erläutert, dass er nichts gegen den Blick von außen habe. Bei der Politik sei keine große Gemeinsamkeit zu erkennen. Es sollte wieder eine gemeinsame Zielfindung sowie ein gemeinsames Miteinander forciert werden.

Herr Kissig beantragt, den Antrag auf die nächste Sitzung zu verschieben. Dann könnten die CDU, SPD und Grüne sich zusammensetzen, um einen gemeinsamen Antrag zu entwickeln. Die Erwartungshaltung der Politik sollte zunächst klar und konkretisiert sein.

Die Grünen sind dafür, die Gesellschaft zunächst einzuladen und dann einen Auftrag zu konkretisieren.

Der Antrag auf Vertagung wird mit 6 Ja (4x CDU, 1x WSI, 1x DIE LINKE) und 7 Enthaltungen (3x SPD, 3x Bündnis 90 / Die Grünen, 1x FDP) beschlossen.

Beschluss:

Der Antrag wird vertagt.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja (4x CDU, 1x WSI, 1x DIE LINKE)

0 Nein

7 Enthaltungen (3x SPD, 3x Bündnis 90 / Die Grünen, 1x FDP)

5 Antrag der SPD- Fraktion

hier: Vortrag und Diskussion des Controlling Systems der Verwaltung der Stadt Wedel

ANT/2021/069

Herr Amelung und Herr Scholz stellen eine Präsentation über das Controlling der Stadt Wedel vor.

Herr Fölske kritisiert am aktuellen System, dass das Controlling von sich aus kein Recht habe einzugreifen und nur von den anderen Stellen befragt werden könne. Er stellt fest, dass der Realisierungsgrad nach elf Jahren Controlling höher sein könne und das Controlling zusätzliches Personal benötige. Damit solle das System verbessert werden, was allen zu Gute käme.

Herr Schmidt erläutert, dass in der freien Wirtschaft das Oberziel der Gewinnerzielung/-maximierung vorherrsche. Dies sei in der öffentlichen Verwaltung anders, daher sei eine Priorisierung der einzelnen Ziele notwendig. Der Prozess der Zielpriorisierung sei allerdings abgebrochen worden. Häufig fallen die Entscheidungen der Politik aufgrund der Wünsche aus der Bevölkerung.

Herr Kissig erinnert an einen Berater, der bereits vor einigen Jahren über das Wedeler Controlling gesagt habe, dass dieses nicht gut aufgestellt sei. Das Controlling habe nicht genug Macht. Daher solle untersucht und Experten angehört werden, wie es anders organisiert werden könne und wie die Vor- und Nachteile zu den unterschiedlichen Organisationsfor-



men seien.

Die als nichtsteuerungsrelevanten Produkte sollten kritisch überprüft und ggf. als steuerungsrelevant eingestuft werden.

Frau Süß bedankt sich für den Überblick und stellt fest, dass vieles Theorie sei und nicht alles umgesetzt werden könne. Unklar sei noch, ob der Bauhof ebenfalls durch das Controlling gesteuert werde. Sie weist darauf hin, dass mit vernünftigen Kennzahlen Vergleichbarkeit geschaffen werden könne.

Herr Amelung stellt fest, dass das Controlling ein laufender Prozess sei. Für die Vorstellungen der Politik werden ein bis zwei weitere Mitarbeitende benötigt. Diese Stellen kosten auch viel Geld. Eine Wiederaufnahme des Steuerungsprozesses sollte forciert werden.

Frau Koschorrek wirft ein, dass die Stadt Wirkungsziele benötige, um festzustellen, ob wir die richtigen Dinge tun und ob wir die Dinge richtig tun.

5.1 Anfrage von Herrn Fölske / SPD Fraktion vom 17.12.2021 MV/2022/010

Die Mitteilungsvorlage mit Antworten zu den Fragen der SPD wird zur Kenntnis genommen.

6 Über- und außerplanmäßige Ausgaben des Haushaltsjahres 2021 BV/2021/134-1

Für Herrn Fölske sei es richtig, die vorhandenen Gelder noch im laufenden Jahr auszugeben. Allerdings sei diese Restverwertung durch einen Ratsbeschluss für die SPD nicht in Ordnung. Dies sei ein Zeichen dafür, dass keine Planungsgrundlage vorlag oder diese zu spät vorlag. Die SPD lehnt die Vorlage ab und wird in den jeweiligen Ausschüssen Fragen zu den einzelnen Positionen stellen.

Herr Schmidt erläutert, dass durch die Kürzung des Investitionshaushaltes durch das Innenministerium Deckung im Haushalt geschaffen werden. Dabei handle es sich lediglich um buchhalterische Verschiebungen. Beide großen Schulbauprojekte laufen derzeit gut und eine Genehmigung des Haushaltes 2022 werde von der Kommunalaufsicht in Aussicht gestellt. Dabei werde die nun sehr hohe Umsetzungsquote der Investitionen gelobt und für gut befunden, dass eine Steuererhöhung vorgenommen wurde.

Herr Amelung ergänzt, dass es nicht um zusätzliche Gelder gehe, sondern lediglich um Mittel, die zum Jahresende nicht verbraucht wurden.

Auf Nachfrage wird erläutert, dass die Mittel für die Stadtwerke durch einen Ratsbeschluss bewilligt wurden. Wäre es nicht zu einer Auszahlung gekommen, wären die Stadtwerke vermutlich in Liquiditätsschwierigkeiten geraten.

Herr Schnieber kritisiert, dass aus der Liste nicht hervorgehe, welche Maßnahmen billiger werden würden und für welche nun noch zusätzliche Mittel benötigt werden. Die Liste sollte daher erweitert werden.

Herr Kissig wirft die Möglichkeit eines Nachtragshaushaltes ein. Damit werde sich auch unterjährig mit dem Haushalt beschäftigt und es werde mehr Transparenz geschaffen.

Herr Murphy ist während der anschließenden Abstimmung nicht im Raum.

7 Vollstreckungskooperation mit dem Kreis Pinneberg BV/2022/006

Auf Nachfrage wird erläutert, dass von den zwei Stellen derzeit eine nicht besetzt sei und die weitere Person in Einverständnis intern umgesetzt werde. Der Personalrat wurde an

dem Verfahren beteiligt.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, auf Grundlage des vorliegenden Entwurfs den öffentlich-rechtlichen Vertrag mit dem Kreis Pinneberg zur Übertragung der Vollstreckung auf den Kreis Pinneberg abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

8 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

8.1 Sachstandbericht zur aktuellen Corona-Situation

Herr Schmidt berichtet, dass die Zahlen seit 14 Tagen rückläufig seien.

8.2 Bericht der Verwaltung

Herr Schmidt berichtet aus einem Gespräch mit dem Innenministerium bezüglich des Haushaltes 2022. Eine Genehmigung könne diesseitig in Aussicht gestellt werden.

8.3 Öffentliche Anfragen

Herr Kissig erkundigt sich über einen Sachstand zu dem Videokonferenzsystem. Die CDU habe massive Probleme mit dem derzeit genutzten System BigBlueButton. Eine ordnungsgemäße Durchführung sei damit aufgrund diverser Probleme nicht möglich.

Herr Amelung berichtet, dass es derzeit häufiger zu Abstürzen des Medienservers des Systems komme. Es könnten kurzfristig zusätzliche Lizenzen für LifeSize über Kommunit beschafft werden.

Frau Süß berichtet ebenfalls von Problemen mit BBB und fragt ab wann mit dem Einsatz von LifeSize zu rechnen sei. Herr Amelung erläutert, dass bereits jetzt kurzfristig temporäre Videokonferenzräume durch die strategische IT eingerichtet werden können.

Herr Wuttke hat auf eine Anfrage eine ausführliche Begründung von der strategischen IT erhalten, warum das derzeitige System mit Soft- und Hardware nicht optimal sei, um hybride Sitzungen abzubilden. Dieses Schreiben soll an die Fraktionsvorsitzenden verteilt werden.

Herr Schnieber bittet darum, zeitnah eine Berechnung der Ausschussbesetzungen zu übersenden, ob die Grünen nach dem Fraktionsaustritt von Herrn Wuttke noch Anspruch auf drei Sitze habe. Außerdem fragt er, ob es nun zeitliche Fristen gebe, bis die Fraktionen entscheiden müssen, ob eine Neubesetzung der Ausschüsse beantragt wird. Ebenfalls steht die Frage im Raum, ob sich eine Veränderung der Ausschussvorsitzenden ergeben würde und ob die Zugriffsrechte bestehen blieben. Er bittet darum, den Ältestenrat am Montag zu verlängern oder eine Ersatzrunde zu finden, um das Thema mit den Fraktionsvorsitzenden zu besprechen.

Herr Kissig erläutert, dass jede Fraktion das Recht habe, eine Neubesetzung zu verlangen. Es sollte jedoch kein Schnellschuss erfolgen. Gegebenenfalls müsse die Anzahl der Ausschusssitze verändert werden, um die Abstimmungsverhältnisse aus der Ratssitzung besser abzubilden und weniger Zufallsmehrheiten in den Ausschüssen zu erzeugen.

Herr Wuttke sagt zu, dass Frau Ulm, Herr Lobeck und er rechtzeitig Bescheid geben, sollte eine neue Fraktion gegründet werden.

Herr Fuchs berichtet, dass die Mitgliedbeitragsrechnung von Wedel Marketing nun die Umsatzsteuer ausweise. Dies halte er für ungewöhnlich, da er dafür keine Gegenleistung erhalte.

Herr Schmidt sagt zu, dass in der März-Sitzung das Thema der Leistungsvereinbarung mit Wedel Marketing im HFA behandelt werde und dort ebenfalls zu der Besteuerung berichtet wird.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei der Öffentlichkeit und schließt diese für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte aus.

Öffentlicher Teil

12 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und informiert über die im nichtöffentlichen Teil getroffenen Beschlüsse.

Unter TOP 10 wurde eine Grundstücksangelegenheit in der Pinneberger Straße abgelehnt.

Anschließend bedankt sich Herr Kissig bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 22:04 Uhr.

Vorsitz:

Gez. Kissig

Michael C. Kissig

Protokollführung:

Gez. Viehmann

Niklas Viehmann

